

Grußwort

des

**Staatssekretärs
im Bayerischen Staatsministerium
für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie**

Franz Josef Pschierer

bei der

Informationsveranstaltung Netzausbau

am

17. Juni 2016

in

München

– Anrede –

Herzlich willkommen im Wirtschaftsministerium.

Ich darf Sie alle sehr herzlich zur Veranstaltung der „*Taskforce Netzausbau Bayern*“ begrüßen.

Sie läuft unter der Überschrift „Netzausbau in Bayern – wie geht es weiter?“.

Wir möchten Sie heute aus erster Hand über das durchaus kontrovers diskutierte Thema Netzausbau informieren.

Und wir wollen vor allem den Blick nach vorne richten, wie und wann es konkret mit dem Netzausbau in Bayern weitergeht.

Ich freue mich sehr, so viele hochkarätige Referenten begrüßen zu dürfen.

Denn bei unserer Taskforce soll eben nicht nur die Politik zu Wort kommen.

Im Mittelpunkt steht das konstruktive Miteinander aller beteiligten Akteure.

Sie erhalten heute Informationen aus erster Hand, was den Sachstand und die weiteren Planungen in Sachen Netzausbau angeht.

Bevor ich zu dieser Fragestellung einen ersten Impuls gebe, gestatten Sie mir zunächst ein paar Worte zu den Ergebnissen der jüngsten EEG-Verhandlungen in Berlin.

Wir haben uns hier in vielen Punkten durchsetzen können. Das zähe Ringen in Berlin hat sich gelohnt. Wir haben nicht weniger als den Systemwechsel geschafft.

Da, wo bis heute schlicht und einfach gesetzlich festgelegte Vergütungen für jeden garantiert ausgeschüttet werden, greift künftig ein Ausschreibungsmodell.

Damit ist erstmals der Ausbau in feste Bahnen gelenkt und ein Deckel nach oben installiert, was den Zubau und damit auch die Kosten angeht.

Das ist ein enormer Fortschritt. Endlich haben wir Wettbewerb im Fördersystem!

Ferner haben wir erreicht, dass ein angemessener Anteil am Ausbau der Erneuerbaren in Bayern stattfinden kann.

Das schafft in Zukunft Wertschöpfung in unseren Regionen!

Gerade bei der für den ländlichen Raum wichtigen Bioenergie konnten wir eine verlässliche wirtschaftliche Perspektive über 2020 hinaus verhandeln.

Bestandsanlagen können sich an Ausschreibungen beteiligen.

Und mit einem Ausschreibungsvolumen von 1.050 MW in den kommenden sechs Jahren, wird die Biomasse auch weiterhin ihren festen Platz im Energiemix behalten.

Auch bei der Windkraft und der Photovoltaik konnten wir bayerische Interessen durchsetzen.

Das Ausschreibungsvolumen für große PV- und Freiflächen-Anlagen wurde noch einmal auf 600 MW jährlich aufgesetzt. Und auch die Bedingungen für kleine und mittlere Anlagen, die weiterhin eine Festvergütung bekommen, konnten verbessert werden.

Von einer neuen Dynamik in diesem Bereich wird vor allem Bayern als Sonnenland Nummer Eins profitieren.

Über eine Länderöffnungsklausel erhalten wir die Möglichkeit, in landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten weitere Flächen für die Photovoltaik zu erschließen.

Dafür haben wir ebenso gekämpft wie für fairen Wettbewerb für windschwächere Standorte in Süddeutschland.

Wichtig ist mir vor allem auch, dass wir eine regionale Steuerung durchgesetzt haben.

Diese bedeutet einen grundlegenden Schwenk, wie wir ihn schon länger gefordert haben. Damit wird nicht nur der unkontrollierte Ausbau der Windkraft im Norden gestoppt. Künftig orientiert sich der weitere Ausbau der Erneuerbaren endlich auch an der Netzsituation, d.h. an Netzengpässen.

Die Aufnahmekapazität des Netzes muss für den Zubau Erneuerbarer-Energien-Anlagen maßgeblich sein, nicht umgekehrt.

Deshalb wird künftig bereits bei der Entscheidung über eine Förderung berücksichtigt, wie die überregionale Netzinfrastruktur in einem Gebiet aussieht.

Damit bin ich beim Stichwort für den heutigen Nachmittag, dem weiteren Ablauf beim Netzausbau.

Wie ist hier die Ausgangslage? Die Frage des „ob“ zum Ausbau des Höchstspannungsnetzes ist geklärt.

Jetzt geht es um das „wie“. Und dabei ist für uns vollkommen klar, den Ausbau so bürger- und landschaftsverträglich wie möglich zu gestalten.

Das ist auch die klare Zielsetzung der „Taskforce Netzausbau Bayern“, die wir im Wirtschaftsministerium unter meiner politischen Leitung gegründet haben.

Wir wollen den Netzausbau in Bayern transparent gestalten und so weit wie möglich im Einklang mit den betroffenen Kommunen und der betroffenen Bevölkerung realisieren. Entsprechend sind die Aufgaben der Taskforce klar definiert. Wir schaffen damit eine zentrale Informationsplattform.

Damit wollen wir sicherstellen, dass alle Akteure in Bayern zeitgleich und so früh wie möglich über geplante Aktivitäten

der Netzbetreiber und der Bundesnetzagentur informiert sind.

Das betrifft v.a. sämtliche Planungs- und Genehmigungsschritte der relevanten Netzausbauvorhaben.

Gesicherte, verlässliche Informationen von den relevanten Stellen sind das beste Rezept, um Spekulationen über die Medien zu vermeiden.

Das sind wir den Verantwortlichen in den Landratsämtern und Rathäusern vor Ort schuldig!

Kommen wir nun zum aktuellen Sachstand zu den Gleichstromverbindungen SuedLink und SuedOstLink.

Wie Sie alle wissen, haben wir uns mit der Forderung durchgesetzt, den Erdkabelvorrang für HGÜ-Leitungen gesetzlich zu verankern.

Wir machen vernünftige Politik, um die Akzeptanz der Menschen vor Ort für die Energiewende zu erhalten.

Ansonsten wären die beiden Projekte vielleicht gänzlich zum Scheitern verurteilt gewesen.

Zumindest aber wären die zeitlichen Verzögerungen durch Klagen etc. noch unberechenbarer gewesen!

Mit anderen Worten: Das Erdkabelgesetz verzögert den Netzausbau nicht, es macht ihn bei den HGÜ erst möglich!

Bayern wird damit seinen Teil dazu beitragen, dass die Leitungen fertig werden. Das war beim Bau der Thüringer Strombrücke so, und das wird auch in Zukunft so sein.

Denn eines ist klar: Beim weiteren Netzausbau sehe ich zunächst die nördlichen Bundesländer in der Pflicht.

Die Windenergie im Norden wird wegen der Versäumnisse Niedersachsens beim Ausbau des dortigen Höchstspannungsnetzes gedrosselt.

Das haben Berechnungen der Bundesregierung ganz klar ergeben. Engpässe bestehen derzeit nicht vorrangig zwischen Nord und Süd, sondern im Norden selbst.

Klar ist aber auch: Aufgrund des Erdkabelvorrangs müssen wir den zeitlichen Ablauf neu abstecken.

Der Zeitraum der Bautätigkeit selbst mag sich durch den Erdkabelvorrang verlängern.

Das Genehmigungsverfahren dürfte dagegen auf weniger Widerstand stoßen und weniger stark beklagt werden.

Daher sind wir aller Voraussicht nach bei diesem Schritt deutlich schneller.

Die Bundesnetzagentur hat im April ein Positionspapier vorgestellt.

Es enthält Grundsätze für die Planung der HGÜ-Leitungsverläufe.

Auf dieser Basis beginnen die Übertragungsnetzbetreiber nun mit der Suche nach geeigneten Trassenverläufen.

TenneT hat uns zugesichert, die Bürgerinnen und Bürger sowie vor allem auch die Politik vor Ort eng in diesen Prozess einzubinden.

Und da werden wir Sie beim Wort nehmen, sehr geehrter Herr Hartman.

Voraussichtlich im Herbst dieses Jahres bekommen wir erste Ergebnisse mit potenziellen Trassenverläufen.

Wie geht es dann weiter? Voraussichtlich im Frühjahr 2017 stellt der Übertragungsnetzbetreiber den Antrag auf Bundesfachplanung für die jeweilige Trasse.

Das entspricht dem Raumordnungsverfahren bei anderen Bauprojekten.

Die verschiedenen möglichen Trassenverläufe werden anschließend durch die Bundesnetzagentur auf Herz und Nieren geprüft und falls nötig angepasst.

Das dauert in etwa ein halbes Jahr. Am Ende dieses Prozesses steht ein Leitungskorridor von einem Kilometer Breite.

Schließlich wird in einem Planfeststellungsverfahren der konkrete Trassenverlauf festgelegt.

Das wird in etwa ein bis zwei Jahre in Anspruch nehmen.

Danach können die Bauarbeiten beginnen.

Ich kann Ihnen versichern, dass wir Sie bei all diesen weiteren Schritten seitens unserer Taskforce kontinuierlich auf dem aktuellsten Sachstand halten werden.

Wir werden Sie über technische und verfahrensrechtliche Fragen ebenso informieren wie über Ihre Möglichkeiten bei den Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

Nach der Kaffeepause werden Ihnen die Bundesnetzagentur und TenneT die Details zu Ihren Mitwirkungsmöglichkeiten vorstellen.

Meine Taskforce steht für eine transparente Kommunikations- und Informationspolitik.

Und das auf mehreren Kanälen.

Wir setzen zum einen auf die Möglichkeiten des Internets.

Heute haben wir eine eigene Homepage für den Netzausbau in Bayern freigeschaltet.

Alle wichtigen, aktuellen Informationen finden Sie nun unter der Adresse www.netzausbau-in-bayern.de.

Dort finden Sie beispielsweise in Kürze einen Veranstaltungskalender mit wichtigen Terminen in Ihrer Region.

Ferner beinhaltet unser Angebot eine Übersicht zu allen wichtigen Höchstspannungsprojekten in Bayern.

Das heißt, wir informieren nicht nur über die geplanten HGÜ-Leitungen, sondern über alle im Höchstspannungsbereich anstehenden Projekte.

Dazu stellen wir Ihnen Steckbriefe der einzelnen Projekte mit ihrem aktuellen Umsetzungsstand bereit.

Zusätzlich können sich alle Interessierten über einen Newsletter immer auf den aktuellsten Stand bringen.

Es wird keine „Geheiminformationen“ für Einzelne, sondern allumfassende Information für alle geben!

Weitere Informationen finden sie auch in der Broschüre „Stromversorgung – Der Weg für Bayern“.

Wir haben diese druckfrische Broschüre heute Ihren Teilnehmerunterlagen beigelegt.

Sie ist ein „Erklärpapier“ zum Netzausbau:

- „Wozu ist der Netzausbau erforderlich?“
- „Was sind die häufigsten Fragen?“
- „Wie sähen Alternativen aus mit welchen Folgen?“

Die Politik muss Antworten auf diese Fragen liefern.

Wir wollen Sie - Abgeordnete, Landräte und Bürgermeister – mit dem vorliegenden „Erklärpapier“ dabei unterstützen.

Freilich werden wir Sie bei Bedarf mit weiteren Broschüren zum Thema Netzausbau breit informieren.

Darüber hinaus wollen wir unsere Kommunen bei der Umsetzung des Netzausbaus vor Ort konkret unterstützen.

Uns ist klar, dass der Leitungsausbau auch bei Erdkabel vor Ort auf Widerstand stoßen kann.

Deshalb wollen wir ab nächstem Jahr die Grundlage dafür schaffen, dass die Kommunen bei der Kommunikation einen professionellen Berater hinzuholen können.

Dieser Mediator kann die Kommunikation entweder selbst leiten oder die verantwortlichen Politiker im Hintergrund bei der Konfliktbewältigung unterstützen.

Denn für uns klar: Wir wollen unsere Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende vor Ort nicht allein lassen.

Dafür steht die „Taskforce Netzausbau Bayern“, dafür steht die heutige Veranstaltung.

Der Informationsfluss hat für uns höchste Priorität.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Vorträge, den weiteren gemeinsam Austausch und konstruktive Diskussionen mit Ihnen.

Vielen Dank!